

Sehr geehrte Frau Ziemer,

bevor wir auf die Beantwortung Ihrer Fragen eingehen eine grundlegende Bitte vorab. Ihr Wortschatz, nicht nur in dem letzten Artikel gibt Raum zum Prüfen und Überarbeitung Ihrerseits.

Wir sind keine migrationsfeindliche BI, stellen uns lediglich gegen neue Mitbürger die jahrelang aus unseren Sozialkassen leben ohne in diese eingezahlt zu haben. Auch straffällig gewordene, längst ausreisepflichtige Eingewanderte, haben kein weiteres Bleiberecht und sind aus zu weisen.

Weiterhin ist die BI auch nicht im Winter 2024 den Bauernprotesten „beigesprungen“, nein wir haben drei dieser Veranstaltungen alleinig organisiert und angemeldet. Der Fokus - nicht nur der Bauern - richtete sich von Anfang an gegen die Entscheidungen der Ampelregierung. Die Bauern und Handwerker, wie auch weitere Bürger sprachen uns an und baten um Unterstützung zu diesen Demonstrationen. Wollen Sie auch in 2025 weiterhin in Ihren Artikeln die Wahrheiten wortgewandt verwandeln?

Die unten beantworteten Fragen bitten wir daher VOR dem Druck/Online-Freigabe, uns zum Gegenlesen zuzusenden.

1. Dass bei den Behörden offenbar „Ratlosigkeit“ herrscht wäre ein schier trauriger Zustand, der nach Transparenz und Klärung ruft. Wir als BI verstehen allerdings nicht, dass dieses Thema „Spreewerk“ im nicht-öffentlichen Teil der SVV angesprochen wurde, wo eigentlich lediglich Personal- oder Grundstückverkäufe platziert sind. Ob die Behörden tatsächlich „ratlos“ sind, entzieht sich unserer Einsicht.
2. Wie auf unserer Internetseite (www.unser-luebben.de) ersichtlich, hatten wir einen ausgiebigen Gesprächsdialog zum Spreewerk-Thema am 30.03.2025 im Lübbener Wappensaal organisiert und diesen breit (Banner, Internet, Aushänge in Geschäften, Stadtanzeiger) beworben. Das betroffene Rüstungsunternehmen Tauber/Diehl war mit Vertretern angereist. Es wurden alle Stadtverordneten dazu angeschrieben, anwesend waren außer unserer BI dann der Bürgermeister Herr Jens Richter, Herr Peter Rogalla (Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung/ Fraktion „die stadtfraktion“) und ein Vertreter der Fraktion AFD/Lübben. Für weitere Stadtverordnete schien das Thema, oder besser die durch uns organisierte Veranstaltung, im Prioritätsfaktor nicht ganz oben angesiedelt zu sein-sie blieben fern. Wir hätten auch Ihr Erscheinen dort begrüßt, Frau Ziemer. Wie die LR am 05.04.25 berichtete, legte Herr Kappelhoff (Tauber Geschäftsführer) seine Informationen offen dar und beantwortete Fragen. Das war unser Bemühen, in diese Thematik endlich Transparenz zu bringen und dies offen für Jedermann!
Über 1.600 durch uns gesammelte Unterschriften zeugen deutlich gegen die erneute „Rüstungsproduktion Spreewerk“, Bei unseren Aktivitäten zeichnete sich Verhältnis von etwa 80% (dagegen) zu 20%(dafür) ab, wie wir aus den Gesprächen auf dem Lübbener Markt mit unseren Bürgern erfahren durften.
3. Zur Gefahrenabwehr und der Ausstattung i.S. des Katastrophenschutzes gibt es klare gesetzliche Richtlinien. Ob die Gesetzeslage auch emotional ausreichend ist, ist für uns die mindestens genauso im Vordergrund stehende Frage. Auch gegenüber „Die Welt“ erklärten wir am 27.03.2025 ausführlich im Interview (www.unser-luebben.de/archiv-presse) unseren Standpunkt, der nachzulesen ist. Wer auch immer diese Produktion hier vor Ort befürwortet, muss auch damit rechnen, als Zielscheibe eines eventuellen Gegners Schaden zu nehmen. Denn wer garantiert uns, dass diese im Spreewerk hergestellten Rüstungsteile 100-prozentig „nur“ zur Verteidigung eingesetzt werden. Somit schließt sich der Kreis, dass Kommunalpolitik nicht von Bundespolitik trennbar ist, denn leidtragend könnten zum Schluss alle Bürger hier vor Ort sein.